

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

16.12.1932 (No. 295)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Str. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatshausbesitz:  
Chefredakteur  
C. K. u. n. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühren: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Waldbrand, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Programmrede des Reichskanzlers

#### Der Hauptpunkt: Arbeitsbeschaffung

Reichskanzler von Schleicher hat am Donnerstagsabend im Rundfunk über alle deutschen Sender wie angekündigt sein Programm entwickelt. Die Rede wurde auch auf ausländische Sender übertragen und, wie aus New York gemeldet wird, in Amerika ausgezeichnet verstanden. Die einflussreichen Ausführungen des Reichskanzlers hatten folgende Gedankengänge:

Zunächst verwahrte sich Reichskanzler v. Schleicher gegen die Angriffe des Generals Litzmann gegen den Reichspräsidenten und sprach warme, freundschaftliche Worte über seinen Freund und Vorgänger v. Papen. Er lehnte den Gedanken ab, daß die von ihm nach schweren Bedenken übernommene Kanzlerschaft „nach Militärdiktatur rieche“ und hat, ihn als überparteilichen Sachwalter aller Bevölkerungsschichten für eine „hoffentlich nur kurze Notzeit“ zu betrachten. Er richtete eine Mahnung an den Reichstag, ihn gewähren zu lassen, wenn er sein Programm durchführe, das einzig auf Arbeitsbeschaffung gerichtet sei.

Mit warmen Worten für den Mut und die Fähigkeit des deutschen Volkes verband der Kanzler objektive Darlegungen über die Notwendigkeit, die Arbeitsbeschaffung von bürokratischen Hemmungen frei zu halten, Ausnahmeverordnungen zu vermeiden und die Finanzierung unter Ausschluß der Inflation zu betreiben. Keine neuen Steuern im laufenden Staatjahr, keine neuen Kürzungen der Personalausgaben, Hilfe für Länder und Gemeinden, verstärkte Siedlung, für die 50 Millionen im Jahre 1933 bereitgestellt sind und weitere 50 Millionen mit Hilfe der Reichsbank vorfinanzieren werden, Bereitstellung von Siedlungsland, vorwiegend im Osten, im Umfang von 1,8 Millionen Morgen, verstärkte Kolonisation im Osten sind auf diesem Gebiete seine Hauptziele.

Durch Erzwängen einer Einigung zwischen Wirtschafts- und Ernährungsminister sei eine Regelung vorbereitet, die einerseits die Erhaltung und Stärkung der deutschen Landwirtschaftlichen Produktionskraft, andererseits unsere Auslandsmärkte sicherstellt. Dabei betont sich der Kanzler im wesentlichen zum Wirtschaftsprogramm seines Vorgängers, will aber den Schutz der Landwirtschaft nach Wegfall handelspolitischer Schwierigkeiten auf dem Wege der Zollautonomie verweisen.

Er fordert freudige Mitarbeit in dem sozialen Sinne, den die Kameradschaft der Armees der allgemeinen Wehrpflicht verkörpert. Opfer müßten gleichmäßig auferlegt und getragen werden. Die Aufhebung eines Teiles der Verordnung auf sozialrechtlichem Gebiet sieht v. Schleicher als Entpannungsmoment an, verweist eine weitere allgemeine Senkung des Arbeitsentlohens und betont sich zur Sozialversicherung. Eine besondere Winterhilfe wird angekündigt. Reichstagsanforderungen ohne Deckungsmöglichkeit seien aber bedenklich, weil zur Enttäuung führend. Die politischen Ausnahmeverordnungen sollen aufgehoben werden, aber mit dem Vorbehalt einer scharfen Erneuerung bei Mißbrauch dieses Vertrauensbeweises. Auch vor drakonischen Ausnahmeverordnungen gegen die kommunistische Partei werde niemals nicht zurückgekehrt.

Die Aufhebung des Reichskommissars für Preußen komme nach Beseitigung einer Gefahrenlage oder bei ausreichenden Garantien für übereinstimmende politische Führung Reich-Preußen in Betracht.

Ohne Überheblichkeit der Jugend zu fördern, müsse dem Wehrminister ihre körperliche und geistige Erziehung besonders am Herzen liegen. Deshalb sei allgemeine Wehrpflicht im Rahmen einer Miliz wünschenswert, der freiwillige Arbeitsdienst, die Ersatzkräfte, der Geländedienst, das freiwillige Wehrjahr der Abiturienten seien Mittel dazu. Der Reichskanzler lehnt ein überhöhtes Berechtigungsweien ab und erkennt gewisse Vorzüge der bündischen Jugendbewegungen an.

Bei Behandlung der Frage der körperlichen und geistigen Erziehung der Jugend sprach der Reichskanzler auch über den Gedanken einer allgemeinen Wehrpflicht und erklärte mit Bezug darauf, es gebe in der Tat keine bessere Schule für die Jugend, um Selbstdisziplin, äußere und innere Beschcheidenheit und Kameradschaft zu lernen. Das sei auch der Hauptgrund, warum er, der Kanzler sich wieder und wieder für die allgemeine Wehrpflicht im Rahmen einer Miliz einsetze. Solange aber das Diktat von Versailles Deutschland diese wirkliche Lösung unmöglich machte, müßten andere Mittel gefunden werden, und der Kanzler nannte hierbei die Schaffung des Kuratoriums für Jugendberufshilfe, die Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes und die staatliche Unterstützung von Sportvereinen aller Art.

Außenpolitisch erkennt er dankbar die Leistungen des Reichsaußenministers und seines Vorgängers Brüning in der erfolgreichen Vertretung des deutschen Standpunktes an. Das Schicksal der Abrüstungsfrage sei auch für das Schicksal des Völkerbundes von maßgebender Bedeutung. Denn hier sei die neue Grundlage für seine Betätigung, die im Vorjahre Steppis und Kritik hervorgerufen habe. Deutschland wolle frei, gleichberechtigt und geachtet seinen Platz im Kreise der Völker, nicht mit gewagten politischen Experimenten, nicht mit Abenteuer, sondern in aufrichtiger Zusammenarbeit mit allen Völkern. Es sei bereit, sich auf „Messers und Pappschid“ zu beschränken, wenn die Nachbarn gleiches tun.

In warmen Worten gedenkt der Kanzler schließlich der Wehrmacht und des Beamtenstandes, fordert Zusammenschluß aller Gutwilligen, da gerade ein Präsidialkabinett Rückhalt im Volke haben müsse, und schließt mit dem Motte-Spruch: „Erf wähnen, dann wagen!“

#### Der Kanzler über seine soziale Einstellung

Der Reichskanzler hat an Hand seines Regierungs- und Arbeitsprogramms, das er im Rundfunk darlegte, einem Mitglied der Redaktion des „Deutschen“ gegenüber grundsätzliche Ausführungen über seine soziale Einstellung und über die dringenden Aufgaben, die sich aus der Massennot dieser Zeit ergeben, gemacht.

Der Kanzler wiederholte eingangs, was er bei der Übernahme der Regierungsbildung schon erklärt hatte, daß alles Gerede von einer Militärdiktatur blanter Unsinn sei.

Angeichts der Arbeitslosigkeit und Not bestrebe sein Programm nur aus einem einzigen Punkt: „Arbeit schaffen!“ Alle Maßnahmen der Regierung dienten in der Hauptsache diesem einen Ziel. Neben der Arbeitsbeschaffung müsse unbedingt auf die Siedlung betrieben werden.

Aber alle Maßnahmen, wie Arbeitsbeschaffung, Siedlung, Anforberung der Wirtschaft, müßten erfolgreich verlaufen, wenn das Vertrauen auf stabile Verhältnisse und der Glaube an eine bessere Zukunft fehlten. Dieses Vertrauen und dieser Glaube müßten geschaffen werden durch eine freudige Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten und durch eine weitgehende Ausschaltung von Meinungen und absichtlichen Störungen. „Freudige“ Mitarbeit zu verlangen in dieser schweren Krisenzeit sei aber nur möglich — so betonte der Reichskanzler —, wenn bei allen notwendigen Anordnungen der soziale Gesichtspunkt berücksichtigt werde.

Der Reichskanzler versicherte, er betrachte es im Sinne der Neudecker Politik des Reichspräsidenten als eine seiner Hauptaufgaben, den sozialen Gesichtspunkt bei allen Regierungsmassnahmen zur Geltung zu bringen, und er wies darauf hin, daß auf dem Gebiete des Sozialrechts eine gewisse Entspannung eingetreten sei, daß der Reichstag die Aufhebung der sozialpolitischen Ermächtigung aus dem zweiten Teil der Notverordnung vom 4. September beschlossen habe.

Der Reichskanzler wies dann darauf hin, daß angesichts der Not von Millionen in diesem Winter die Reichsregierung entschlossen sei, eine weitgehende Winterhilfe durchzuführen. Die Regierung werde den Kreis der Empfänger auch auf die alleinstehenden Unterstützungsberechtigten, auch auf die Kleinrentner, ausdehnen, und die Regierung hoffe, daß sie über den Rahmen dieser Hilfsmassnahmen noch hinausgehen könne.

Im Verlaufe der Unterredung erklärte der Reichskanzler weiter, die Regierung werde ihr besonderes Augenmerk darauf richten, daß die Vermischung von Staats- und Privatwirtschaft beseitigt werde. In Zukunft dürften für Betriebe, die in irgendeiner Form mit Staatsgeldern arbeiteten, nur die Grundzüge für Staatsbetriebe Geltung haben.

Jede andere Regelung bedeute eine nicht zu rechtfertigende Bevorzugung einzelner auf Kosten der Allgemeinheit.

#### Nach der Programmrede

Die Rundfunkrede des Reichskanzlers hat — wie dazu aus Berlin gemeldet wird — in politischen Kreisen einen außerordentlich günstigen Eindruck gemacht. Allerdings dürften die Kreise enttäuscht sein, die von dem General eine grundlegende Schwänkung auf dem bisherigen Regierungskurs erwartet haben. Die Rede zeigt, daß sich in der sachlichen Zielsetzung nichts geändert hat. Das Besondere ist aber der Unterschied, der in der psychologischen Behandlung der Probleme zutage tritt. Der Reichskanzler hat mit der Festhaltung geschlossen, daß Wille und Mut allein nicht genüge, „um sie zu meistern, sondern daß auch Verständnis für das Volk erforderlich ist. Er selbst hat diese Auffassung dadurch bestätigt, daß er nicht über theoretische Prinzipien und zunftfesterne Zielsetzungen sprach, sondern den dem Soldaten eigenen handfesten Wirklichkeitsinn bewies, der sich bewußt auf die nächsten Gegenwartsaufgaben einstellte. So liegt denn auch der Rede des Kanzlers der Gedanke zugrunde, daß es gleichgültig ist, wer zu der Lösung beiträgt. Er steht vielmehr die Hauptsache darin, daß die Aufgabe überhaupt erfüllt wird.

In einem Punkte kommt die Unzweideutigkeit, mit der General von Schleicher gesprochen hat, ganz besonders zum Ausdruck, wenn er den Charakter des Präsidialkabinetts unterstreicht und keinen Zweifel darüber läßt, daß seine Regierung gegen gewerkschaftliche Unruhestifter und ähnliche Klünge mit aller Schärfe vorgehen werde.

Unter den außenpolitischen Fragen, die der Kanzler vorrühete, sind zwei Dinge von besonderem Interesse. Das ist einmal die Würdigung des Erfolges, den Reichsaussenminister v. Neurath in Genf errungen hat. General von Schleicher betonte, daß er schon immer den Gedanken einer allgemeinen Wehrpflicht im Rahmen der Miliz vertreten habe, auch in den Zeiten, in denen das Diktat von Versailles uns diese Lösung unmöglich machte. Mit dieser Äußerung hat der Kanzler den Teil V des Versailles-Vertrages in die überholte Vergangenheit verwiesen. So sentimentell dieser Passus der Schleicher-Rede im ersten Augenblick auch wirken mag, er bringt aber doch nur zum Ausdruck, was auch in dem französischen Plan steht.

Im ganzen genommen bringt man in unerschütterter Kreise das in der Rede vorgetragene Programm auf die Formel, daß es die Bestrebungen unterstützt, das deutsche Volk durch sich selbst regieren zu lassen, aber zugleich auch alle Maßnahmen bereitstellt, um einer Schwächung der Staatsautorität zu begegnen.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Die Finanzkrise der Großgemeinden — Produktionsindustrie und Arbeiter

Die Krise der Gemeindefinanzen wird insbesondere durch die Lage deutscher Großstädte illustriert und ist hier zweifellos nicht allein auf die Belastung der Städte mit Wohlfahrtslasten, d. h. die übermäßige Beanspruchung durch die Erwerbslosenfürsorge, sondern auch auf eine falsche Finanzwirtschaft dieser Städte zurückzuführen. Die Städte haben diesen Fehler freilich nicht allein gemacht. Auch in der Privatwirtschaft wurden für Bauten und Investitionen kurzfristige Gelder aufgenommen und damit langfristige Anlagen finanziert. Als dann die Folgen der Wirtschaftskrise sich zeigten, gerieten die Schuldner in Schwierigkeiten, sie konnten ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten nicht abdecken. Diese Städte haben häufig nicht nur ihre Werke, die ja wenigstens laufend Überschüsse bringen, sondern auch Schulen, Markthallen, Brücken, Ausstellungen u. a. mit Schatzwechseln finanziert. Am Fälligkeitstermin standen sie aber vor der Unmöglichkeit, aus den laufenden Einnahmen diese Schatzwechsel zurückzahlen.

Inbesondere die beiden Großstädte Frankfurt a. M. und Köln sehen nun die Folgen einer solchen Finanzpolitik, und Anfang November mußten diese beiden Städte Erklärungen abgeben, daß sie nicht in der Lage seien, die fälligen kurzfristigen Kredite zurückzahlen und irgendwelche Zahlungen zu leisten, nicht einmal Abschlagsquoten. (Frankfurt will allerdings nun ein Gut haben, das es bei der Stadt Breslau hat, für eine Teilanschlüttung flüssig machen.) Daß hier eine Schuld der Stadt, Finanzpolitik vorliegt, ergibt sich aus der Tatsache, daß z. B. in Frankfurt a. M. von einer Gesamtverschuldung von rund 300 Millionen Reichsmark 160 Millionen, also mehr als die Hälfte, als kurzfristige und nicht konsolidierte Kredite anzusehen sind. In Köln beträgt die Summe der kurzfristigen Verbindlichkeiten einschließlich der Schatzanweisungen sogar 190 Millionen Reichsmark, und daraus wurden zum großen Teil langfristige Investitionen finanziert. Daß andere deutsche Großgemeinden hierin vorsichtiger waren, ergibt sich z. B. aus dem Beispiel der Stadt München, die erheblich größer als Frankfurt ist und bei einer Gesamtverschuldung von 226,5 Millionen Reichsmark nur 28,4 Millionen Reichsmark an kurzfristigen Darlehen und Bankkrediten in ihrem letzten Vermögensausweis mittelt (deshalb bisher auch pünktlich ihren Verbindlichkeiten nachkommen konnte). Selbst Berlin, das gewiß große finanzielle Sorgen hat, ist bisher seinen Verpflichtungen prompt nachgekommen, während Frankfurt und Köln mit ihren kurzfristigen Gläubigern mehr oder weniger freiwillige Stillhalteabkommen abschließen mußten. Freilich steht auch Berlin im nächsten Jahr vor großen Zahlungsschwierigkeiten, denn am 1. April und am 1. Oktober werden zusammen 112 Mill. Reichsmark fällig. Die Berliner Stadtanleihen haben trotzdem in letzter Zeit eine Wertsteigerung erfahren, weil sich die Reichshauptstadt — ähnlich wie andere große Städte — bereit erklärte, eigene Anleihen für gewisse Verpflichtungen, insbesondere für Zuschussdarlehen und Arbeitsgeberdarlehen, in Zahlung zu nehmen, und zwar mindestens zu pari. Da diese Papiere wesentlich niedriger notieren, machen die Käufer, die sie zu solchen Zwecken verwenden, natürlich entweder auf Kosten der Gläubiger, d. h. der ursprünglichen Geldgeber oder auf Kosten der letzten Besitzer der Papiere ein Geschäft, während die Stadt auf diese Weise den Betrag der umlaufenden Schuldtitel verringert.

Aus den Mitteilungen der finanznotleidenden Städte wären auch die von ihnen angebotenen Vermögensgummien interessant, wenn es sich nicht um zum Teil wohl überholte Wertschätzungen handeln würde, bei denen auch nicht die gegenwärtigen Abschreibungsbedürfnisse berücksichtigt sind. Dabei handelt es sich auch zum großen Teil um unrentable und unbewegliche Objekte. Frankfurt a. M. gab ein Reimvermögen von 461 Millionen Reichsmark an, denen 303 Millionen Reichsmark Schulden, davon wie gesagt 160 Millionen kurzfristige Schulden, gegenüberstehen. Das Reimvermögen Kölns beträgt nach einer städtischen Schätzung 562 Millionen Reichsmark, das Münchens 700 Millionen Reichsmark, denen 226,5 Millionen Reichsmark Gesamtschulden, jedoch größtenteils lang- und längerfristiger Art, gegen-

übersehen. In Köln hat der Oberbürgermeister seine Finanzpolitik damit verteidigt, daß die Einnahmen aus den städtischen Werken auch heute noch mehr aufbrächten, als der gesamte Schuldendienst betrage. Demgegenüber muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß das nur bei einer Überbelastung der Allgemeinheit mit übersteigerten Werttarifen möglich ist, die deshalb auch heute noch fast überall erheblich über dem sonstigen Preisniveau verharren konnten, weil eben Monopolrechte ausgenutzt werden.

Die Städte können zweifellos vor allem verlangen, daß ein Ausgleich der Frage der Wohlfahrtslasten mit dem Reich erfolgt, wozu auch schon ein sehr bedeutender Anfang gemacht ist. Aber auch dann wird die allzu schwere Last der durch eine ungeeignete Finanzpolitik entstandenen Schulden und Zinsen, vor allem der kurzfristigen Schulden weiter bestehen bleiben. Dem Versuch, hier eine Zinsentlastung wie die zugunsten der Landwirtschaft aus Reichsmitteln und auf Reichskosten vorzunehmen, steht nicht nur die verschiedenartige Lage der Städte entgegen — die schlechter wirtschaftenden könnten zumungunsten der besser wirtschaftenden Vorteile erhalten — sondern auch die allgemein schwierige Finanzlage, einer Schuldenabwertung aber — wie sie gleichfalls schon verlangt wurde — das Prinzip, Zwangsgriffe in private Verträge schon im Hinblick auf die notwendige Pflege des Kapitalmarkts zu vermeiden. Man strebt vor allem eine Umschulung, d. h. eine Umwandlung der kurzfristigen Verbindlichkeiten in solche langfristiger Art an. Vorschläge, die von Städte-seite ausgehen, verlangen dazu die Sicherstellung eines wesentlichen Teils des Zinsdienstes durch Reichsgarantie. Was davon möglich und durchführbar ist, steht noch dahin, da ja auch die Finanzlage des Reichs sehr schwierig ist. Eine Sanierung der gesamten öffentlichen Finanzen — von Reich, Ländern und Gemeinden — bildet aber die Grundlage des Staates. Weil, wie von Städte-seite mit Recht betont wurde, letzten Endes die Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden, eine Einheit darstellen, müssen auch die Gemeinden Hilfe erhalten, soweit das irgendwie möglich und vertretbar ist.

Gerade die süddeutsche Wirtschaft, in der die Fertigungsindustrie bei weitem überwiegt, hat nicht nur ein Interesse an der Handelspolitik, wenn sie allzusehr zugunsten der Großindustrie und der Großlandwirtschaft gestaltet würde, sondern auch an der Kartellpolitik der Großkonzerne der Produktionsindustrie. Während infolge der Lage auf dem Weltmarkte die deutsche Schwerindustrie nun besonders auf die inländischen Verarbeiter angewiesen ist, und deshalb bei den neuen im Gang befindlichen Verhandlungen zwischen Eisenerzeugern und -verarbeitern wohl auch ein einigermaßen befriedigendes Ergebnis für die Fertigungsindustrie zu erwarten ist, steht die Kunstseideherzeugung jetzt in einer verstärkten Position vor den Verarbeitern. Vor kurzem ist ein Zusammenschluß sämtlicher wichtiger Kunstseidefabriken auf dem Kontinent für den deutschen Markt zustande gekommen. Das Deutsche Kunstseideyndikat, das bisher schon die wichtigsten Produzenten in Deutschland, Italien, der Schweiz und Holland umfaßt, ist nun noch durch die französischen und belgischen Erzeuger verstärkt worden, nachdem in Frankreich wie in Belgien durch Zusammenschlüsse verhandlungsfähige Partner entstanden waren.

Das Deutsche Kunstseideyndikat hat den ausschließlichen Verkauf sämtlicher Viscosegarne und ist natürlich bemüht, die Preise zugunsten der Erzeuger zu gestalten. Es wird zwar mitgeteilt, daß eine Änderung der gegenwärtig auf dem deutschen Markt in Kraft befindlichen Preise angeht, daß der allgemeine Wirtschaftsverhältnisse in absehbarer Zeit nicht erfolgen werde, aber es wird gleichzeitig, da die Erlöse überwiegend unbefriedigend seien, bei einer Besserung der Wirtschaftslage eine Erhöhung der Garnpreise in Aussicht gestellt. Auf dem deutschen Markt beginnt langsam die japanische Kunstseide zu konkurrieren, was wohl auch zu dem neuen Abkommen unter Erweiterung des deutschen Kunstseideyndikats geführt hat, zumal ja auch noch weiter in Deutschland kleinere Außenländer von Italien, Holland und Frankreich her auftreten. Übrigens sind die deutschen und belgischen Erzeuger auch bereits über eine Regelung für den belgischen Markt einig geworden. Ferner wurden Vereinbarungen zwischen der Schweiz und Belgien getroffen, durch welche die gegenseitige Ausfuhr geregelt wird, und außerdem sind Verhandlungen zwischen Italien und Frankreich im Gange, ein Zeichen, daß die Kunstseideproduktion eine weitere Verständigung bis zum Ausbau zu einem allgemeinen internationalen Abkommen anstrebt.

5000 Zentner Zucker für die Winterhilfe. In diesen Tagen wurde die große Zuckerspende, die der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege vom Verein der deutschen Zuckerindustrie für die Winterhilfe übergeben wurde, den Landes- und Provinzialarbeitsgemeinschaften der Winterhilfe zur weiteren Verteilung zugewiesen. Die Spende umfaßt über 5000 Zentner im Werte von über 150 000 RM. Der Zucker ist vornehmlich zur Verwendung in Volkskaffeehäusern der Winterhilfe bestimmt.

Die Bankensanierung. Gestern fand bei der Reichsbank in Berlin eine Sitzung derjenigen Stellen statt, die seit längerer Zeit über die Errichtung der Iff (Industriefinanzierungsinstitut) und Amortisationskasse zwecks Entlastung der Bankbilanzen verhandeln. In dieser Sitzung wurde auch über die Richtlinien, die jetzt ausgearbeitet sind, gesprochen. Ob es bereits zur Beschlußfassung kam, so daß dann die Gründung der Iff und der Amortisationskasse unmittelbar durchgeführt werden kann, steht noch dahin.

## Letzte Nachrichten

### Reichsregierung und Ausschüsseberatungen

Haushaltsausschuß am 10. Januar

RD. Berlin, 16. Dez. (Tel.) Der Reichsfinanzminister hat dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Reichstages, Abg. Zörgler (Komm.) mitgeteilt, daß er ebenso wenig wie der Reichsarbeits- und der Reichswirtschaftsminister in der Lage sei, schon am 19. Dezember Auskunft über das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu geben und sich am 10. Januar an einer finanzpolitischen Aussprache im Haushaltsausschuß zu beteiligen.

Es lasse sich noch nicht übersehen, wann die Beratung der Regierung über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abgeschlossen sein würde, und für die finanzpolitische Aussprache würde es von Wert sein, wenn die Vorbereitungen für den Haushaltsplan 1933 vorher abgeschlossen wären, die wiederum wegen der noch nicht feststehenden Einzelheiten der Arbeitsbeschaffung hätten zurückgestellt werden müssen. Minister Graf Schwerin v. Krosigk sieht deshalb keine Möglichkeit zu einer Beratung im Haushaltsausschuß vor der zweiten Januarsitzung.

Wie wir hören, hält jedoch der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Zörgler, an dem Ausschußbeschluss fest, daß am 10. Januar die finanzpolitische Debatte stattfinden soll. Auf der Tagesordnung des Ausschusses werden außerdem auch die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September, namentlich der Bestimmungen über die Steuergutscheine stehen.

### Bericht über Genf

Neurath vor dem auswärtigen Ausschuss

RD. Berlin, 16. Dez. (Tel.) Im Reichstag trat am heutigen Freitagvormittag der auswärtige Ausschuss unter Vorsitz von Dr. Fric (NS.) zu seiner ersten Sitzung zusammen, um einen Bericht des Reichsaussenministers über die außenpolitische Lage, insbesondere über die Abrüstungsverhandlungen, entgegenzunehmen. Die deutschen Länder waren zahlreich vertreten und das Interesse der verschiedenen Reichsressorts ergab sich daraus, daß a. B. Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk, der Leiter der Luftfahrtabteilung im Reichswehrministerium und vom Reichswehrministerium Generalmajor Schönheinz an der Sitzung teilnahmen.

Der Reichsaussenminister ergriff sofort nach Eröffnung der Sitzung das Wort und berichtete zunächst ausführlich über die Verhandlungen und das Abkommen von Lausanne.

### Aus dem Reichsrat

Verabschiedung des Stellvertretungsgesetzes und der sozialpolitischen Ermächtigung

Die Vollziehung des Reichsrats am Donnerstag leitete zum ersten Male der neue Reichsinnenminister Dr. Bracht. Er stellte sich dem Reichsrat mit einer kurzen Ansprache vor, in der er ausführte:

„Mit meinem Amtsvorgänger verbindet mich nicht nur die gemeinsame Arbeit im letzten Reichskabinett, sondern vor allem auch die Überzeugung von der Bedeutung der deutschen Stämme und von der Notwendigkeit, die sich ergibt, das Eigenleben der Länder zu erhalten und zu pflegen. Gerade in diesen Zeiten politischer Hochspannung ist die Mitwirkung des Reichsrats von außerordentlicher Bedeutung und diese Bedeutung hat zugenommen in den letzten Jahren, als es im wichtigsten Organ des Reiches immer schwerer wurde, die ihm von der Reichsverfassung zugedachten Funktionen reibungslos und gedeihlich im vollen Umfang zu erfüllen. Ich betrachte es als meine Pflicht, gerade die Tradition des Reichsministers des Innern in der Pflege der Beziehungen der Reichsregierung zu den Ländern fortzusetzen, und ich sehe es namentlich als meine Pflicht an, Sorge zu tragen für eine rechtzeitige und möglichst ausgiebige Unterrichtung der Länderregierungen, über die ja immer gelegentlich gerne Klagen geführt wurden. Bei diesem Bestreben ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Reichsrat zu gewährleisten, bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.“

Der Reichsrat beschäftigte sich nach einer Entgegnung des preussischen Vertreters Dr. Brecht dann mit dem vom Reichstag beschlossenen Stellvertretungsgesetz. Gegen wenige Stimmen beschloß der Reichsrat, gegen dieses Initiativgesetz keinen Einspruch zu erheben.

Auch das vom Reichstag beschlossene Gesetz, das die sozialpolitische Ermächtigung der Reichsregierung in der Notverordnung vom 4. September wieder aufhebt, wurde mit der Maßgabe vom Reichsrat einstimmig verabschiedet, daß das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten soll.

Zum Schluß kündigte Minister Dr. Bracht die nächste Vollziehung des Reichsrats für Dienstag nachmittags 5 Uhr an. Er fügte hinzu, er nehme an, daß bis dahin die Frage des Amneftengesetzes innerhalb des Reichsrats geklärt sei.

### Kleine Chronik

Im Bahnhof Würzburg fuhr heute, Freitag morgen, ein D-Zug vor dem Einfahrtsignal, auf einen Güterzug auf. Es sind insgesamt 21 Personen leicht verletzt worden. Sie haben die Reise sämtlich sofort fortsetzen können.

Jungkommunisten veranstalteten heute, Freitag, in Köln Demonstrationen. Polizeibeamte wurden mit Briefetts bedroht. Mehrere Demonstranten wurden festgenommen. Zur Zeit dauern die Unruhen noch an.

Im Verfolger Sprengstoffprozeß verurteilte das Reichsgericht in Leipzig 7 Kommunisten zu 1 bis 3½ Jahren Zuchthaus.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es am Donnerstagabend zu schweren Tumulten. 25 Frauen von Erwerbslosen drangen in den Sitzungssaal und verlangten Brot und Winterkleidung für ihre Kinder.

Die Räumungsarbeiten im Gäßtunnel bei Luzern sind Mittwoch früh beendet worden. Die Gleise, sowie die Fahrleitungen sind wieder instandgesetzt. Der Betrieb nach allen Richtungen ist wieder aufgenommen worden.

Mitten im Geschäftsviertel der japanischen Hauptstadt Tokio brach in einem Hochhaus, dessen acht Stockwerke von Verkaufsläden eingenommen werden, ein furioses Feuer aus, das eine Panik unter Kunden und Verkäuferinnen verursachte. Militärflugzeuge warfen Rettungsgerät auf das Dach ab. Bis jetzt wurden acht Tote und mehr als 100 Verletzte aus den Flammen geborgen. Nach einer weiteren Meldung beträgt die Zahl der Todesopfer zehn. 50 Personen sind schwer verletzt worden. Der Brand ist gelöscht. Der Schaden wird auf fünf Millionen Yen geschätzt.

## Der Schuldenschatz

Die gestrigen Zahlungen an Amerika

Im Ganzen sind am Donnerstag, 15. Dezember, wie aus Washington gemeldet wird, sechs Staaten ihren Verpflichtungen aus den Kriegsschulden nachgekommen, nämlich Großbritannien, Italien, die Tschechoslowakei, Finnland, Letland und Litauen. Die von ihnen gezahlten Raten belaufen sich auf insgesamt 125 Millionen Dollar. Fünf Staaten, und zwar Frankreich, Belgien, Polen, Estland und Ungarn haben die am 15. Dezember fälligen Raten im ungefähren Gesamtbetrag von 25 Millionen Dollar nicht erlegt.

Wie ferner aus Washington gemeldet wird, hat die französische Zahlungsverweigerung dazu geführt, daß die Stimmung im Kongreß einer freundschaftlichen Behandlung Großbritanniens in bezug auf die Schuldenfrage immer günstiger wird. Wie verlautet, wird Senator Herrison, der ein führendes Mitglied der demokratischen Partei ist und vom 5. März ab den Vorsitz im Finanzausschuß übernehmen wird, schon in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung der britischen Kriegsschulden einbringen. Dieser Vorschlag eines prominenten Mitgliedes der aus dem Wahlkampf siegreich hervorgegangenen Partei hat mehr Aussicht auf Annahme, als wenn Hoover dem Kongreß die gleiche Maßnahme empfehlen würde. Roosevelt, der künftige Präsident, gilt als durchaus geneigt, den britischen Wünschen entgegenzukommen, sofern sich eine Neuregelung des Schuldenproblems finden läßt, durch die nicht die gesamte Last auf die Schultern Amerikas abgewälzt werde.

Wie „Chicago Tribune“ meldet, hat Senator Kenneth Mac Kellar einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Vorkontierung der Länder, die ihre Schulden an Amerika nicht bezahlen, durch das amerikanische Reisesystem zum Ziele hat. Die Gebühr für ein Passivum an Amerikaner, die in solche Länder reisen wollen, soll nach dem Vorschlag 5000 Dollar betragen.

Wie aus Nordkarolina bekannt wird, hat sich dort eine Frauengruppe organisiert, die sich aller Reisen nach Frankreich solange enthalten will, bis die französische Schuldentilgung erfolgt.

RD. New York, 16. Dez. \* Wie der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“ meldet, soll Hoover einen britischen Vorschlag über eine geeignete Körperpflicht erwarten, die zu beauftragen sei, die Frage der Kriegsschulden zu studieren. Der Präsident werde diesen Vorschlag dann wahrscheinlich mit Roosevelt besprechen.

### Die Regierungsfrage in Frankreich

Herriot hat den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts abgelehnt. Mit der Bildung der Regierung ist darauf am Donnerstag der bisherige Innenminister des Kabinetts Herriot, Chaumemps, beauftragt worden. Er hat versucht, auch Herriot für das neue Kabinett zu gewinnen. Herriot blieb aber bei seiner Abjage. Chaumemps hat bis nachts halb zwei Uhr mit Parlamentariern verhandelt, um die Aussichten einer Regierungsbildung zu klären. Wie Habas berichtet, bezog sich die Aussprache vor allem darauf, mit welchen Mitteln die neue Regierung der durch die Abstimmung der Kammer in der Schuldenfrage geschaffenen Lage begegnen könne.

Lohnabbau für das schweizerische Bundespersonal. In der Schlussabstimmung nahm der schweizerische Nationalrat das Gesetz über den Abbau der Bezüge des Bundespersonals mit 77 gegen 57 Stimmen, der Ständerat mit 29 Stimmen, ohne Gegenstimmen bei einigen Enthaltungen an.

Neuer Vorschlag gegen die Prohibition. Die Finanzkommission des amerikanischen Repräsentantenhauses hat am Donnerstag einen Gesetzentwurf ihrer Zustimmung gegeben, der die Herstellung und den Verkauf von Bier mit einem Alkoholgehalt von 3,2 Prozent gestattet, und auch eine zweite Vorlage angenommen, die die Herstellung und den Verkauf von Wein — ohne jede Beschränkung des Alkoholgehalts — erlaubt.

## Badischer Teil

### Gehaltszahlung am 23. Dezember

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

\*\* Um Wünschen aus der badischen Beamtenschaft und des badischen Einzelhandels entgegenzukommen, wird die zweite Hälfte des Dezembergehältes der badischen Staatsbeamten schon am 23. Dezember ausbezahlt werden. Nach Pressemitteilungen soll sich das Reichsfinanzministerium gegenüber Bayern bereit erklärt haben, die letzte Rate der im Dezember fälligen Steueranteile vor Weihnachten zu bezahlen. Eine derartige Mitteilung ist dem Lande Baden bisher nicht zugegangen. Das badische Finanzministerium wird vielmehr die frühere Gehaltszahlung mit badischen Mitteln durchführen müssen, wenn nicht das Reich, was inzwischen beantragt worden ist, auch die Steuerüberweisungen an Baden früher vollzieht.

### Der Stand des freiwilligen Arbeitsdienstes in Südwestdeutschland

In Württemberg und Baden waren Ende November d. J. in freiwilligen Arbeitsdienst in 516 offenen und 168 geschlossenen Arbeitslagern insgesamt 21 387 junge Arbeitslose aller Berufsgruppen und Bevölkerungsschichten tätig.

Die männliche arbeitslose Jugend stellte mit fast 90 Prozent den Hauptanteil der Beschäftigten. Der Wirkungsbereich der weiblichen Jugend im Rahmen des Arbeitsdienstes ist im wesentlichen auf die hauswirtschaftlichen Dienstleistungen in den Arbeitslagern und auf die Aufgaben beschränkt, die aus der Durchführung der Not- und Winterhilfe erwachsen. Der Anteil der weiblichen Arbeitslosen am Arbeitsdienst belief sich auf 2188 Personen, die in 68 offenen und 21 geschlossenen Arbeits- und Lebensgemeinschaften zusammengefaßt waren. Im übrigen geht die Art und Zahl der Arbeiten, für die der Arbeitsdienst eingesetzt ist, und die Zahl der Beschäftigten aus nachstehender Übersicht hervor.

Art der Arbeit	Zahl der Arbeiten überhaupt in v. H.	Zahl d. Beschäftigten überhaupt in v. H.
Bodenverbesserung	192	28,1
Siedlung	19	2,8
Verkehrsverbesserung	111	16,3
Erhaltung der Volksgesundheit	146	21,4
Forstarbeiten	87	12,8
Not- und Winterhilfe	89	13,0
Sonstige Arbeiten	38	5,6
<b>zusammen</b>	<b>682</b>	<b>100,0</b>



# Weihnachts-Anzeiger 1932

**Guten Radio-Empfang** nur durch eine **gute Radio-Anlage**

## BLAUPUNKT W 4000

4 Röhren - Dreikreis - Exponential - Empfänger  
mit absoluter Einknopfbedienung und Tonblende  
Preis kompl. m. R. 231,90 RM.  
dto. m. eingebaut. dynam. Lautsprech. 258,90 RM.

## RADIO-

**SPEZIALHAUS Ing. H. DUFFNER**  
MARKGRAFENSTRASSE 51 BEIM RONDELLPLATZ

Besuchen Sie meine ständige Radio-Ausstellung

## BLAUPUNKT LW 2000

2 Röhren - Schirmgitter - Kombinationsempfänger  
mit eingebautem dynam. Lautsprecher, hervor-  
ragende Empfangsleistung  
Preis komplett m. R. 159,50 RM.

## Beliebte Weihnachts-Geschenke

 sind  
**Qualitäts-  
Bestecke**  
Näh- und Nagelpflege-Etuis  
sämtliche Solinger Stahlwaren  
M.130 aus den ältesten Fachgeschäften von Karlsruhe  
**GESCHW. SCHMID • P. SCHÄFER**  
Kaiserstraße 88 Erbprinzenstraße 22

## Revolution

in der Photographie  
bedeutet die neue



**Voigtländer  
BRILLANT**

die Spiegelreflexkamera zu RM.

**19,50**

**Photo-Stock**

Kaiserstraße 89 und 221,  
Bahnhofstraße 46  
Fernruf 922,923. M.149

## Noch nie so billig!



Damentaschen  
Lederkoffer  
Schulranzen  
Schülermappen  
Aktmappen  
Musikmappen  
Schreibmappen  
Brieftaschen

nur im Spezialgeschäft für  
Lederwaren, Reiseartikel

**G. DISCHINGER** Kaiserstr. 105, zwischen Adler-  
und Kronenstraße • Tel. 2618  
Eigene Werkstätte — stets Eingang von Neuheiten M.131

## FÜR WEIHNACHTEN

bringen wir unser reichhaltiges Lager  
in kompletten Krippen und Einzel-  
teilen zum Selbstbauen. Statuen,  
Kruzifixe, Bilder, religiöse Bücher,  
Magnifikate, Meßbücher, schöne  
Literatur, Briefpapier, Kinderpost  
u. Erzählungsbücher zu bill. Preisen

M.140

## JOS. DORER K.-G.

ERBPRINZENSTRASSE 19, TELEFON NR. 2815

## Christbaum

Hörst auch du die leisen Stimmen  
aus den bunten Kerzlein dringen?  
die vergessenen Gebete  
aus den Tannenzweiglein fingen?

Hörst auch du das schüchternfrohe,  
helle Kinderlachen klingen?

Schaust auch du den stillen Engel  
mit den reinen, weißen Schwingen? ...

Schaust auch du dich selber wieder  
fern und fremd nur wie im Traume?  
Grüßt auch dich mit Märchenaugen  
deine Kindheit aus dem Baume? ...

Uda Christen

## Ausstellung in guten Spielwaren

M.129

aller Art

SONDERABTEILUNGEN

TECHNIK IM SPIEL

Freielspiele - Puppenklinik

Illustrierter Weihnachtskatalog  
auf Verlangen kostenlos

## F. Wilhelm Doering

AELTESTES SPIELWAREN - HAUS  
Karlsruhe i. B., Ritterstraße, Ecke Zähringerstraße

14 kar.

M.133

## Gold-Füllhalter

2,50, 3,50, 5,-, 7,50, 10,-, 13,50 RM.

Der durchsichtige Pelikan-Füllhalter • Der idealste  
Füllhalter der Gegenwart • Größte Auswahl bei

**ROBERT KNAUSS, KARLSRUHE i. B.**

Kaiserstraße 159, Ecke Ritterstraße

## SCHIRMME

In den modernsten Ausführungen, in jeder Preislage

das praktische Geschenk

von

## A. & H. KRETSCHMAR

nur Kaiserstraße 82a. M.145

## Nützliche Weihnachtsgeschenke



Pfaff-Schrankmaschine

## Pfaff-Nähmaschinen

In modernen Möbelausstattungen zu billigst gestellten Preisen

Nählampen • Näh-Motore  
Zickzack-, Hohlraum- und Knopfloch-Apparate  
Schreibmaschinen

Günstige Zahlungsbedingungen

**Georg Mappes** Karl-Friedrich-  
Straße 20. M.146

Kleine praktische

## Geschenke

in hübscher Verpackung

für Weihnachten!

## LUDWIG ERHARDT

Papierhandlung

M.146

Erbprinzenstraße 27

## DAS SCHÖNSTE WEIHNACHTS-GESCHENK

ist ein

## SPARBUCH

der

**STÄDT. SPARKASSE  
KARLSRUHE**



Gegründet 1813

M.151

## Nehmen Sie

bitte bei allen Ein-  
käufen und Bestel-  
lungen Bezug auf

die Anzeigen in der

**KARLSRUHER  
ZEITUNG**

Nicht lange überlegen!

## Das schönste Weihnachtsgeschenk

sind meine hübschen

## Delikateß-Körbe

oder Präsentkisten schon von

5 RM. an oder eine herrliche

## Weihnachts-Gans

Beides eine willkommene Überraschung

**HANS KISSEL** Feinkosthaus  
Kaiserstraße 150



Druck G. Braun, Karlsruhe